

Forum

Wolfgang Schroeder

Stärkung des »Identitätskerns«

Schärft die angebliche Linkswende des Parteivorsitzenden von der *Agenda 2010* das sozialdemokratische Profil, spiegelt dies erneuerte Antlitz die »alte« Seele der Partei? Die von Kurt Beck propagierte Kurskorrektur der *Hartz*-Reformen soll zeigen, wohin die Reise zukünftig geht – und von wo aus die Sozialdemokratie Fahrt aufnahm: Mit der Verlängerung der Bezugszeit des ALG I stärkt die SPD ihren Identitätskern als »Schutzmacht der kleinen Leute«. Unser Autor beleuchtet die Frage, ob die Rückbesinnung auf traditionelle Werte die Partei vorwärts bringen kann aus politikwissenschaftlicher Perspektive.

Kurskorrektur oder Symbolpolitik?

Seit Ende der 80er Jahre wird der deutsche Sozialstaat umgebaut. Mal geschieht dies abrupt, mal schleichend und manchmal bemerken die Betroffenen erst später, was wirklich verändert worden ist. Symbolisch-programmatischer Höhepunkt eines angekündigten Wandels wohlfahrtsstaatlicher Politik war der 14. März 2003. Mit der ihm eigenen Schärfe stellte sich Kanzler Schröder durch die *Agenda 2010* gegen die »Seele der eigenen Partei«, aber auch gegen die deutsche Sozialstaatsmentalität. Die einen sahen in der Konsolidierung des Sozialstaats eine angemessene Reaktion auf den Wandel von Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Andere erkannten darin eine beispiellose Form angekündigten Sozialabbaus. Die SPD, die dieses Programm dann zu ihrer Sache machen sollte, sah sich bald dem Vorwurf der Entsozialdemokratisierung ausgesetzt. Tatsächlich schlossen sich Proteste an, die zu

Montagsdemonstrationen wurden und Parteiaustritte beflügelten. Die Umfragergebnisse sanken in den Keller und eine Wahl nach der anderen wurde verloren. Seither ist es der SPD nicht gelungen, dieses Programm zu popularisieren und als Beitrag zur Konsolidierung der sozialstaatlichen Substanz zu vermitteln. Im Gegenteil: Die *Agenda 2010* wurde zur Metapher für den freien Fall der SPD und für den Aufstieg der LINKSPARTEI.

Wie sind die nunmehr geforderten Veränderungen an der *Agenda 2010* zu bewerten? Sind sie der Anfang vom Ende des *Agenda*-Projektes oder handelt es sich bloß um sachlich gebotene Korrekturen eines bestehenden Kurses? Ist die Verlängerung der Bezugszeit beim ALG I für ältere Beschäftigte der erste Schritt in eine neue, alte Zeit des Sozialstaates? Haben diejenigen Recht, die im Sinne der Dominotheorie darin den Beginn einer Politik sehen, die Stück für Stück zur »guten al-

Langzeitarbeitslosen in Deutschland damals auf einem international äußerst selten anzutreffenden hohen Niveau. Über 50 % der Erwerbslosen gehörten zu Spitzenzeiten dieser Gruppe an. Gegen die *Agenda*-Maßnahmen wurde eingewandt, dass sie von einem falschen Bild ausgingen, demnach der Erwerbslose sich vor Erwerbsarbeit drücke. Deshalb wäre eine reduzierte Bezugsdauer nicht zu rechtfertigen, da die notwendigen Arbeitsplätze quantitativ und qualitativ fehlen würden. Eine zweite Debatte rankt sich um den Charakter der Arbeitslosenversicherung. Ist es gerecht, dass der lange Jahre einzahlende Beitragszahler genauso behandelt werde wie derjenige, der weniger Beitragsjahre »auf dem Buckel« habe? Wäre es nicht gerechter, wenn die Erwerbslosenversiche-

ten Zeit« zurückführen soll? Oder handelt es sich vielleicht gar nicht um eine »Kurskorrektur«, wie allenthalben beschworen, sondern nur um Symbolpolitik?

Aus politikwissenschaftlicher Sicht interessieren neben der Prozess-, Macht- und Akteursebene auch die Ergebnisse. Handelt es sich bei den anvisierten Veränderungen an der *Agenda 2010* um politikfeldadäquate Korrekturen? Um dies zu beantworten, ist eine Orientierung an den Begründungen für die *Hartz*-Gesetze möglich. Denn mit diesen Maßnahmen sollte ein Beitrag geleistet werden, um die Beschäftigungsfähigkeit und -quote zu erhöhen. Vor allem sollte aber die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutlich reduziert werden. Tatsächlich lag der Anteil der

Erwerbslosen im Sinne des Äquivalenzprinzips funktionieren würde, also proportionale Leistungen im Versicherungsfall ermöglichen könnte? Wer viele Jahre eingezahlt hat, sollte entsprechend längere und höhere Leistungen erhalten. Das genau ist das unbestrittene Grundgesetz der deutschen Sozialstaatlichkeit: Anerkennung von Lebensleistung.

Verhaltensänderungen am Arbeitsmarkt – Resultate der *Agenda*

Doch welche Rolle spielt die gegenwärtige arbeitsmarktpolitische Bilanz für die veränderten Leistungsbezüge? Tatsächlich ist nicht nur die Gesamtzahl der Erwerbslosen zurückgegangen, sondern zugleich ist auch die Beschäftigungsquote

älterer Arbeitnehmer deutlich angestiegen. Jüngste Studien weisen darauf hin, dass ursächlich dafür nicht nur die verbesserte ökonomische Lage sei, sondern auch ansatzweise erkennbare Verhaltensveränderungen der Arbeitssuchenden, die sich einerseits früher und aktiver um eine neue Stelle kümmerten. Ähnliches ließe sich auch auf Unternehmensseite feststellen, wo vor allem der Facharbeitermangel drücke. Andererseits seien Erwerbslose auch eher als zuvor bereit, Abstriche bei der Qualität des Arbeitsplatzes und beim Entgeltniveau zu akzeptieren, um überhaupt wieder einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Lehnt man die Ziele der *Agenda* ab, wo für es gute Gründe geben kann – vor allem weil die eingesetzten Instrumente geeignet sind, den »Warencharakter der Arbeit« zu fördern – dann sieht man weder in der *Agenda* noch in den verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten einen Erfolg. Im Gegenteil: Aus dieser Perspektive sind die geforderten Veränderungen der *Agenda* nicht mehr als Symbolpolitik, denn schließlich bleibe der Kern dieses Projektes davon unberührt: Abbau der Zumutbarkeit, stärkeres Insistieren auf dem Fordern etc. Geht man allerdings davon aus, dass die Strukturen von Gesellschaft und Arbeitsmarkt sich so weitreichend verändert haben, dass neue Formen der Integrationspolitik notwendig sind, um Gesellschaften zusammen zu halten und eine neue Vollbeschäftigungspolitik zu ermöglichen, dann ist man möglicherweise eher geneigt, die aktuellen Ergebnisse als Erfolg zu sehen. Aber auch in diesem Fall muss dies nicht zwangsläufig bedeuten, dass man einer verlängerten, beitrags- und lebensalterorientierten Bezugszeit das Wort redet. Stattdessen wäre auch eine Argumentation denkbar, die weder das Transferriveau noch die Dauer der Bezugszeit als Stellschrauben bemüht, sondern für verbesserte Formen des »Förderns« oder für mehr öffentlich geförderte

Beschäftigung für längerfristig Erwerbslose eintritt. Dies wären im Vergleich zur reinen Verlängerung der Bezugsdauer, die in den Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik fällt, tatsächlich aktive Elemente. Unbestritten ist zudem, dass eine verlängerte Bezugszeit von Arbeitslosengeld I kein Beitrag ist, um schneller einen Arbeitsplatz zu finden oder um die Qualifikation zu erhöhen.

Welche Auswirkungen hat die Entscheidung zugunsten einer verlängerten Bezugszeit von ALG I hinsichtlich der dominanten gesellschaftlichen Gerechtigkeitsverständnisse? Vor allem ist dies ein Beitrag, um das materielle Niveau der sozialen Sicherungssysteme wieder etwas anzuheben und damit an das gesellschaftliche Gerechtigkeitsgefühl anzuschließen. Schließlich hat sich in unzähligen Umfragen ergeben, dass sich durch die *Hartz-Reformen* ein neues Gefühl der Unsicherheit eingeschlichen hat, und zwar weit über den Kreis der von Arbeitslosigkeit konkret Betroffenen hinaus. Vor allem unter denjenigen, die noch nie mit Arbeitslosigkeit konfrontiert waren, stieg die Furcht, unverschuldet binnen kürzester Zeit zum Empfänger von ALG II zu werden. Diese Furcht hat nicht nur materielle Dimensionen, sie wird auch genährt davon, sich von der eigenen Berufsbiografie distanzieren zu müssen und für jedwede Beschäftigungsangebote begeistert offen zeigen zu sollen. Auf diese Zumutungen reagierten SPD-Mitglieder und Wähler mit Liebesentzug; die Kurs- und Umfragewerte der SPD stürzten ins Bodenlose.

»Machtzentrum Beck«

Kurt Beck konnte sein Engagement für eine verlängerte Bezugsdauer von ALG I nicht nur dazu nutzen, die Parteilinie wieder mit dem gesellschaftlichen Gerechtigkeitsgefühl (vor allem: Anerkennung von Lebensleistung) zu versöhnen. Mehr noch: Damit festigte er auch seine Position und Reputation in der Mitte und an der Spitze

der Partei. Vizekanzler Müntefering, der in der *Agenda*-Frage die Regierungslogik vertrat, sorgte in einer vor laufenden Kameras stattfindenden Inszenierung mit dafür, dass sich das Machtzentrum Beck in diesem Streit auch medial behaupten konnte. Ähnlich verhielt sich auch die Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion, deren Position in dieser Frage ebenso zur Seite geschoben wurde, wie die anderer prominenter sozialdemokratischer Spitzenleute. Etwas weniger auffällig verhielt sich der SPD-Parteitag in Hamburg mit seiner diskussionslosen Annahme dieses Beschlusses. Nichtsdestotrotz können wir festhalten: Beck ist als Machtzentrum gefestigt und die Partei hat gegenüber der Regierung respektive ihren regierenden Ministern zu einzelnen Punkten deutliche Kontrapunkte gesetzt. Auch wenn sich daraus noch keine Dominanz der Partei gegenüber der Regierung ableiten lässt, so kann dies doch im Sinne eines gestiegenen Selbstbewusstseins gewertet werden, das sich daraus schöpft, eigene Wege zur inhaltlichen Kursbestimmung zu suchen, die nicht durch die *Agenda 2010* oder den Koalitionsvertrag vorgegeben sind. Positiv ist daran, dass die SPD wieder zum inhaltlichen Streit zurückgefunden hat, zu einer SPD, in der es möglich ist, Kontroversen offen auszutragen, ohne dass am Ende ein einseitiges Machtwort gesprochen wird.

Mehr als Symbolpolitik und weniger als Kurskorrektur

Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen für Akzeptanz und Strategiefähigkeit der SPD? Mit der Verlängerung der Bezugszeit des ALG I stärkt die SPD ihren Identitätskern als »Schutzmacht der kleinen Leute«. Indem man den Vorschlag des DGB übernahm, konnte man sogar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einerseits konnte man der LINKSPARTEI signalisieren, dass sie bei solchen Modifikationen bestenfalls als Teil einer diffusen Stimmungslage vorkomme, auf die man

reagiere. Alles was die SPD mache, laufe jedenfalls deutlich an der LINKSPARTEI vorbei bzw. gehe über sie hinaus. Ob durch solche Positionsveränderungen die LINKSPARTEI allerdings tatsächlich geschwächt wird, bleibt einstweilen offen. Andererseits stärkt man durch die Bezugnahme auf den DGB-Vorschlag die in den letzten Jahren arg geschwächte, einst so vitale Partnerschaft mit den Gewerkschaften. Auch wenn eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, lassen sich daran anknüpfend weitere Schritte vorstellen. In den ersten Umfragen nach dem SPD-Parteitag stiegen sowohl die Zustimmung der Gewerkschaften zum Kurs der Sozialdemokratie wie auch jene der Wähler. Da solche Zuwächse nach öffentlichkeitswirksam zelebrierten Parteitagen nicht unüblich sind, kann aber auch daraus noch keineswegs eine Stimmungswende abgeleitet werden. Es könnte aber ein Anfang sein.

Wie ordnen sich die hier thematisierten Korrekturen in die Strategiefähigkeit der Sozialdemokratie ein? Die angestrebten Veränderungen sind mehr als Symbolpolitik und weniger als eine Kurskorrektur. Es geht dabei vor allem um das Verhältnis von Responsivität und Führungsfähigkeit. Einerseits ist Responsivität wichtig, sonst entfernt man sich von den gesellschaftlichen Stimmungen und Kräften und gefährdet die eigene Regierungsfähigkeit. Andererseits ist aber auch Führung notwendig, um längerfristige Strategiefähigkeit anzustreben bzw. zu sichern. Um längerfristige Ziele für alle transparent weiter zu entwickeln, braucht es daher einer flexiblen Responsivität in den Sachfragen. Diesen Grundsatz hat die SPD-Führung beherzigt, was sie auch weiter tun sollte, um identifikationsfähig zu sein.



Wolfgang Schroeder (*1960) ist seit Mai 2006 Professor an der Uni Kassel, Fachgebiete Politisches System der BRD und Innovation. wolfgang.schroeder@uni-kassel.de